

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 02.09.2020
Sitzung Nummer:	5 (SFFGA/5/2020)
Sitzungsdauer:	16:30 - 18:04 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Christel Güldenpfennig
Vorsitzende

Alessa Stobinski
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Frau Christel Güldenpfennig

Mitglieder

Herr Andreas Cosmar

Herr Björn Eckhard Dahlke

Frau Doreen Müller

Herr Joachim Röxe

Herr Ulrich Siegmund

Frau Sandy Zacharias-Schulz

sachkundige Einwohner

Herr Robert Krüger

Herr Reiko Lühe

Frau Karin Roelofsen

Frau Kerstin Schmidt

Protokollführer

Frau Alessa Stobinski

von der Verwaltung

Frau Birgit Hartmann

Frau Christiane Rütten

Herr Sebastian Stoll

Abwesend:

sachkundige Einwohner

Herr Gert Kahle

Frau Xenia Schübler

entschuldigt

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

- 4 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 06.11.2019
 - 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 3. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 04.12.2019
(Die Änderung der Niederschrift der 3. Sitzung ist den Mitgliedern des Fachausschusses am 27. März 2020 zugeleitet worden.)
 - 6 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 05.02.2020
 - 7 Beratungsstellenplanung im Landkreis Stendal für das Jahr 2021 auf der Grundlage des Gesetzes zur Familienförderung des Landes Sachsen-Anhalt und zur Neuordnung der Förderung sozialer Beratungsstellen (FamBeFöG)
Vorlage: 226/2020
 - 8 Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum - Gewinnung von Ärzten für den ambulanten und stationären Bereich
(Herr Dr. Böhme - Sprecher der Kassenärztlichen Vereinigung für den Bereich Stendal)
 - 9 Ehrenamtskarte im Landkreis Stendal (Frau Güldenpfennig)
 - 10 Informationen zu bisherigen Auswirkungen von Covid-19 für den Landkreis Stendal
(Herr Stoll)
 - 11 Einwohnerfragestunde
 - 12 Anfragen und Anregungen
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Güldenpfennig eröffnet um 16.30 Uhr die 5.Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die sachkundigen Einwohner, die Gäste und die Mitarbeiter der Verwaltung.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie der Beschlussfähigkeit

Frau Güldenpfennig stellt fest:

- die Einberufung zur Sitzung des SFFGA erfolgte frist- und ordnungsgemäß am 21. August 2020,
- der SFFGA ist beschlussfähig; es sind 6 Mitglieder des SFFGA sowie Frau Güldenpfennig anwesend. (siehe auch Seite 1 Anwesenheitsliste).
- Von den sachkundigen Einwohnern fehlen Frau Schüßler und Herr Kahle.

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Frau Güldenpfennig informiert darüber, dass der Tagesordnungspunkt 8 (Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum) abgesetzt werden muss, da Herr Dr. Böhme aufgrund von terminlichen Überschneidungen heute nicht anwesend sein kann.

Somit soll die Beratungsstellenplanung auf den Tagesordnungspunkt 8 verschoben werden. Als neuer Tagesordnungspunkt 7 wird ein Bericht von Frau Hartmann aufgenommen. Dort wird es um die Auswirkungen von Covid-19 auf Frauen und Frauenhäuser gehen.

Da es keine Einwände gibt, wird die Tagesordnung mit den o.g. Änderungen zur Abstimmung gestellt.

Frau Güldenpfennig macht noch einmal darauf aufmerksam, dass auf den Tischen Mikrofone stehen, die genutzt werden müssen.

einstimmig beschlossen

zu TOP 4 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 2. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 06.11.2019

Frau Güldenpfennig weist daraufhin, dass Änderungen zur Niederschrift im Vorfeld im Büro Kreistag oder bei der Ausschussvorsitzenden anzuzeigen sind. Wenn es gewünscht ist, dass Redebeiträge wortwörtlich aufgenommen werden, ist dies ebenfalls im Vorfeld anzumelden.

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 06.11.2019 zur Abstimmung gestellt.

einstimmig beschlossen

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1

zu TOP 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 3. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 04.12.2019 (Die Änderung der Niederschrift der 3. Sitzung ist den Mitgliedern des Fachausschusses am 27. März 2020 zugeleitet worden.)

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 04.12.2019 zur Abstimmung gestellt.

einstimmig beschlossen

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1

zu TOP 6 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 05.02.2020

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift vom 05.02.2020 zur Abstimmung gestellt.

einstimmig beschlossen

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1

**zu TOP 7 Beratungsstellenplanung im Landkreis Stendal für das Jahr 2021 auf der Grundlage des Gesetzes zur Familienförderung des Landes Sachsen-Anhalt und zur Neuordnung der Förderung sozialer Beratungsstellen (FamBeFöG)
Vorlage: 226/2020**

Frau Güldenpfennig steigt in die Thematik ein und bedankt sich bei den Vertretern der Träger, die heute anwesend sind. Sie bittet die Ausschussmitglieder um Zustimmung des Rederechtes für die Vertreter. So können Fragen direkt beantwortet werden.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Rederecht einstimmig zu.

Alle Vertreter der Träger stellen sich kurz vor.

Frau Güldenpfennig weist darauf hin, dass der Termin für das Einreichen der Unterlagen der 31.10.2020 ist und diese Beschlussvorlage am 24.09.2020 im Kreistag beschlossen werden sollte. Sie sagt, man ist im Landkreis recht gut aufgestellt, dies bedeutet aber nicht, dass es ausreichend ist. Die Forderung, dass noch mehr Stellen in die Planung einfließen sollte bestehen bleiben.

Herr Siegmund nimmt dieses Anliegen in seiner Berichterstattung mit auf.

Frau Rütten fasst zusammen, dass das große Problem der Bevölkerungsrückgang ist. Man kann dem Bericht entnehmen, dass sich die Beratungsanzahl und Intensität in allen Bereichen erhöht hat. Nur der Caritas hatte eine geringere Beratungsanzahl, dies lag aber an einer personellen Umgestaltung. Sie beklagt, dass der Bereich Schwangerschaftsberatung nur noch eine Stelle in Stendal hat. Sie führt zudem an, der Landkreis bekam für diese Beratungsstellen, expliziert für die Sucht und Drogenberatung und für die Erziehungsberatungsstellen im Jahr 2019 190.383,00 EUR und im Jahr 2020 193.409,00 EUR. Es ist also eine leichte Steigerung zu erkennen. Dazu gab es auch eine Änderung zum FamBeFöG, dass jährlich das Land 2 % Steigerung bei den Gesamtausgaben, besser der einwohnerbezogenen Förderung einplant. Es reicht jedoch nur dafür die normalen tariflichen Steigerungen der Träger zu begleichen. Somit sind die Träger nicht in der Lage weitere Personalstellen für die Beratungsstellen zu schaffen.

Frau Güldenpfennig bedankt sich für die Ausführungen und wertschätzt die qualitativ hochwertige Arbeit der Mitarbeiter der Beratungsstellen.

Herr Röxe schließt sich dem an und fügt hinzu, dass die Mitarbeiter teilweise viel zu weite Anfahrtswege zu den Beratungsgesprächen haben, dies ist der Fläche und der zu wenigen Beratungsstellen vor Ort geschuldet.

Frau Güldenpfennig verweist auch noch einmal auf den herrschenden Fachkräftemangel.

Frau Rau spricht für die Pro Familia und spricht sich eindeutig dagegen aus und weist darauf hin, dass jetzt wieder eine weitere Stelle besetzt wurde. Es gab auch eine Vielzahl an Bewerbungen. Sie fügt hinzu, dass es gerade in der letzten Zeit sehr wichtig war, dass die Beratungsstelle in Stendal mit 4 Stellen besetzt ist. Sie berichtet auch davon, dass in Osterburg keine Beratungsstelle vorgehalten wurde, sondern es an 2 Wochentagen Außensprechtag gab. Diese liegen aber in der Verantwortung des Trägers.

Frau Güldenpfennig fragt, wie es sich mit den Anfragen aus Osterburg verhält, ob dann die zu beratenden Personen in die Beratungsstelle nach Stendal kommen müssen.

Frau Rau antwortet darauf, dass die Klienten aus anderen Gebieten des Landkreises in die Stendaler Beratungsstelle kommen müssen. Es geht nicht, dass man an einem anderen Standort kurzfristig eine Beratungsstelle aufmacht, da dies mit der Datenschutzgrundverordnung nicht zu vereinbaren ist.

Frau Güldenpfennig bedankt sich und beklagt, dass die Träger mit den Außensprechtagen auf sich allein gestellt sind und fügt hinzu, dass man diese Finanzierung von Seiten des Landes noch einmal überdacht werden sollte um auch weite Anfahrtswege zu vermeiden.

Frau Schmidt unterschützt ihre Vorredner und beklagt, dass die Schwangerschaftsberatung insgesamt zu wenig unterstützt wird. Man hat auch die Möglichkeit der Selbstorganisation in Absprache mit dem Jugendamt abgelehnt, um dem Land den tatsächlichen Notstand aufzuzeigen. Sie fragt auch, welche Auswirkungen die Schließung der Beratungsstelle nach sich zieht und wünscht sich diese im nächsten Jahresbericht mit aufzuzeigen.

Frau Roelofsen fragt, ob jemand der Träger ein Vorhaben in Richtung Prävention mit Sucht, vielleicht auch in der Schule.

Frau Güldenpfennig weist darauf hin, dass die Caritas nicht anwesend ist, sie wurden jedoch eingeladen. Sie berichtet über die Möglichkeit dort noch einmal anzufragen und eine Ausschusssitzung dort zu veranstalten.

Herr Cosmar bittet um die Berichtigung der Beschlussvorlage auf Seite 42; Auswertung und Ziele. Ein weiteres Problem stellt die fachliche Besetzung für eine qualitative und quantitative Wahrnehmung der Aufgaben und die Finanzierung weiterer Beratungsangebote dar. Es müsste enthalten sein, dass das Land die Fahrkosten nicht

finanziert und dass es sehr große Datenschutzauflagen gibt. Wichtig ist auch, dass die Beratung in der Fläche stattfindet und nicht die Beratungsstellen und Angebote komplett wegfallen. Es soll differenzierter dargestellt werden, dass das Problem nicht der Fachkräftemangel, sondern die Strukturprobleme und die Förderung sind.

Frau Rütten berichtet, dass sich die Auswertung und Zielsetzung des Abschnittes, was die qualitative und quantitative Ausstattung angeht, auf alle Beratungsstellen bezieht. Sie fügt hinzu, dass es bei der Sucht und Drogenberatung in der Vergangenheit personelle Umstrukturierungen gab und es war auch sehr schwierig die passenden Mitarbeiter zu finden.

Frau Rau bezieht sich auf Herrn Cosmar und führt an, dass die Mitarbeiter erstmal passend ausgewählt werden müssen und es dann auch Räume und die Technik bedarf.

Herr Cosmar fügt hinzu, dass die differenzierte Darstellung der 3 Beratungsformen allen Abstimmenden weiterhelfen würde.

Frau Rütten verweist auf das FamBeFöG, welches nur die Erziehungsberatungsstelle und die Drogen- und Suchtberatungsstelle fördert. Alle anderen Beratungsstellen haben einen anderen Fördertopf, sind aber ein Bestandteil der Beratungslandschaft insgesamt.

Frau Güldenpfennig gibt zu denken, dass die Fördertöpfe noch lange nicht ausreichend genug sind. Sie bedankt sich für die Teilnahme und freut sich weitere gute Zusammenarbeit.

Da es keine Fragen gibt, wird über die Beschlusslage abgestimmt.

einstimmig zugestimmt

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 0

**zu TOP 8 Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum - Gewinnung von Ärzten für den ambulanten und stationären Bereich
(Herr Dr. Böhme - Sprecher der Kassenärztlichen Vereinigung für den Bereich Stendal)**

TOP 7 – Auswirkungen von Covid-19 auf Frauen

Frau Hartmann berichtet wie folgt:

Bevor ich auf die Situation im Frauenhaus Stendal zu sprechen komme, möchte ich ein paar Fakten und Zahlen zum Frauenhaus darlegen.

In einem Frauenhaus können Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, Zuflucht finden und Beratung erhalten. Jährlich erhalten etwa 13.000 Frauen und 15.000 Kinder in Frauenhäusern in Deutschland Hilfe. Nicht jede Region hat ein Frauenhaus, denn viele Regionen haben Frauenschutzhäuser. Insgesamt sind es 18.000 Frauen und 20.000 Kinder, die von Gewalt betroffen sind. Gewalt, die Männer den Frauen und Kindern zugefügt haben. Dies entspringt einer wissenschaftlichen Studie vom Bund.

Die Ratifizierung der Istanbul-Konvention, also das Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, hat Deutschland 2018 das erste Mal in die Pflicht genommen. Dort musste Deutschland diese Konvention umsetzen.

Nun hat das Virus uns noch mehr Potential geliefert. Es hat unheimliche Auswirkungen auf die Frauen und Kinder genommen. Eine Studie ergab, dass rund drei Prozent der Frauen in Deutschland, zur Zeit der strengen Kontaktbeschränkung, Opfer der häuslichen Gewalt und 3,6 % der Frauen wurden vergewaltigt. Diese Frauen haben sich nicht an die Öffentlichkeit getraut, insbesondere im ländlichen Bereich. Über dieses Thema kann man sehr viel diskutieren und reden.

Nach Rücksprache mit dem Frauenhaus in Stendal, möchte ich kurz schildern, wie es dem Frauenhaus in Stendal erging. Genau in der Pandemie kam das Frauenhaus auf mich und den Landkreis zu. Wir benötigten, um die Abstandsregeln einhalten zu können, zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten. Dafür haben wir in einem Hotel, welches durch Antrag betrieben werden durfte, zwei Wohnungen angemietet. Die Genehmigung wurde mit dem Sozialamt und dem zuständigen Beigeordneten im Voraus abgesprochen. Wir vermuteten, dass durch die Pandemie viele Frauen ins Frauenhaus kommen würden, dies war allerdings nicht so. Die Frauen waren sehr verun-

sichert. Es gab sehr viele telefonische Beratungen und sehr viele Hilfsangebote. Das Frauenhaus hatte sich mit einem Hygienekonzept vorbereitet, um Ansteckung zu verhindern. Es wurde Desinfektionsmittel, Masken und Handschuhe besorgt. In der Pandemiephase waren solche Dinge leider Mangelware.

Nach den Lockerungen kamen vermehrt Frauen ins Frauenhaus. Dort hatte man bereits Angst vor einer Überbelegung. Viele Frauen suchen immer noch telefonische Beratung.

Herr Siegmund bedankt sich bei Frau Hartmann für die doch dramatischen Ausführungen und schockierenden Erkenntnisse. Er kann jedoch die angegebenen Zahlen nicht ganz begreifen und fragt diesbezüglich nach einer Quelle der Daten und ob diese Zahlen deutschlandweit zählen oder es nur eine gewisse Altersgruppe betrifft.

Frau Hartmann antwortet hierauf, wie folgt:

Diese Zahlen seien aus einer Studie der Terre des Femmes. Die Studien wurden in der Zeit der Pandemie betrieben, ich weiß jedoch nicht, ob diese 100 % sind. Ich weise aber auch darauf hin, dass es sich bei der realen Zahl jedoch um eine viel höhere handeln wird. Es ist zudem auch immer wieder erschreckend, was Frauen von Männern angetan wird, es sollen sich hierbei aber auch nicht alle Männer angesprochen fühlen.

Herr Röxe fragt, ob man davon ausgehen kann, dass die Dunkelziffer doch deutlich höher liegt.

Frau Hartmann beantwortet dies mit einem klaren Ja und verweist auf die zukünftig erscheinenden Studien und bittet bis dahin um Geduld.

Frau Güldenpfennig führt an, dass die Frequentierung in den Frauenhäusern sehr hoch ist, nicht nur aus dem städtischen, auch aus dem ländlichen Bereich. Sie unterstützt die Zahlen und führt hierzu noch ein Gespräch mit den Mitarbeitern des Frauenhauses an.

Frau Zacharias-Schulz fragt, ob viele Kinder mit in das Frauenhaus kommen.

Frau Hartmann spricht ihr diesbezüglich zu und fügt hinzu, dass auch Kinder mit ins Frauenhaus kommen. Sie ist sehr froh darüber, dass jetzt auch zwei Sozialarbeiter und eine halbe Fachkraft für die Betreuung der Kinder eingestellt wurden. Leider werden bisher viel zu wenige Gefahrenmeldungen gemacht, aus Scham oder Angst.

Es gibt keine weiteren Fragen.

zu TOP 9 Ehrenamtskarte im Landkreis Stendal (Frau Güldenpfennig)

Frau Güldenpfennig führt aus:

Am 01.04.2019 hat der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschlossen die Ehrenamtskarte einzuführen um eine Anerkennung und Würdigung der ehrenamtlichen Tätigkeit zu gewährleisten. Ob es nur mit der Ehrenamtskarte möglich ist, diese Anerkennung und Würdigung zu zeigen und neue ehrenamtlich Tätige zu gewinnen ist fraglich. Dies hat auch die Diskussion gezeigt, welche im Vorfeld zur Stadtratssitzung stattgefunden hat. Es wurde hart diskutiert und gab eine Vielzahl an Änderungen. Sie wünscht sich, dass die Ehrenamtskarte für die Altmark und nicht nur für die Hansestadt Stendal gilt. Sie überlegt, den Landkreis zu involvieren. Die Beschlussvorlage mit den Änderungsanträgen wurde angenommen, der Oberbürgermeister hat jetzt jedoch Widerspruch eingelegt und möchte die ganze Situation bei der nächsten Stadtratssitzung noch einmal besprechen. Die Informationen sollen den Ausschüssen zukommen. Es ist zudem eine Zusammenarbeit der beiden Landkreise in der Altmark zu prüfen.

Frau Rütten führt aus:

Man macht sich natürlich Gedanken, ob das etwas für den Landkreis Stendal wäre. Allerdings kann eine Ehrenamtskarte nur Einrichtungen betreffen, in denen der Landkreis auch die Verantwortung trägt. Die Privatunternehmen kann man dafür natürlich nicht verpflichten. Es weiteres Problem ist natürlich der gesperrte Haushalt und auch in den folgenden Jahren werden wir uns in der Haushaltskonsolidierung befinden. Der Anteil unserer freiwilligen Aufgaben ist bisher sehr gering und eine Ehrenamtskarte sollte sicher nicht mit einem Frauenhaus

oder anderen Beratungsstellen für Behinderte konkurrieren müssen. Man muss sich auch über ein Konzept Gedanken machen, wem diese Ehrenamtskarte zusteht. Man müsste dann Leistungen erbringen, die für den ganzen Landkreis eine positive Auswirkung hätten. Diesbezüglich sind noch viele Fragen offen, unter anderem, wer diese Karte erhält, wie die Tätigkeit praktisch umsetzbar ist oder auch, wer diese Karte erhalten soll. Die personellen Ressourcen in der Verwaltung sind auch nicht unendlich.

Frau Güldenpfennig fügt hinzu:

Der Haushalt des Landkreises wurde stets im Auge behalten, man müsste dann das Geld an anderer Stelle abziehen. Es wird sicher in die Ausschüsse einfließen. Die Ehrenamtskarte kann auch die anderen Städte des Landkreises betreffen.

Herr Röxe führt an, dass der Stadtrat Stendal diese Ehrenamtskarte einführen möchte, aber mit der Bedingung, dass man andere Kommunen mit einbezieht. Es geht bei dem Landkreis Stendal nicht um einen hohen finanziellen Beitrag, sondern der Landkreis sollte mit dazu beitragen, dass man mit anderen Kommunen zusammen ein solches Projekt angehen kann. Am besten wäre es, wenn der Altmarkkreis Salzwedel mit seinen Kommunen auch noch mitwirken würde. Die Leistungen, die erbracht werden, die kommen aus den Kommunen.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

zu TOP 10 Informationen zu bisherigen Auswirkungen von Covid-19 für den Landkreis Stendal (Herr Stoll)

Frau Güldenpfennig bittet Herrn Stoll das Wort zu ergreifen.

Herr Stoll führt aus:

Es soll einen kurzen Einblick in die bisherigen Folgen des Coronavirus für den Landkreis geben. Es gab natürlich auch in der Verwaltung einige Umstellungen und auch im normalen Tagesablauf Einschränkungen, die es bislang immer noch gibt. Es handelt sich hierbei um bestimmte Abstandsregelungen und Gebote, die eingehalten werden müssen. Im Sozialamt und Jugendamt haben wir die vielfältigsten Aufgaben zu lösen und zu erledigen, das Betreuungsangebot wurde sehr stark heruntergefahren. Dies führt natürlich auch wieder zu anderen Problemen in den entsprechenden Familien und im Sozialgefüge. Die Unternehmen, Vereine und andere sollen vom Landkreis finanziell unterstützt werden in den Zeiten der Krise. Im Ergebnis des Jahres wird für den Haushalt auch kein positives Ergebnis stehen und es wird auch kein Geld überbleiben. Es wurden Wege gefunden, wie die Träger und Dienstleister an ihre Gelder kommen, damit ein wirtschaftliches Überleben möglich ist. Die Statistik der IB sagt auch aus, dass unsere Unternehmen ordentliche Anträge gestellt haben, sodass ein sehr großer Anteil der Anträge bewilligt werden konnte und ausgezahlt wird. In der Schüler- und Kinderbeförderung gibt es natürlich noch Einschränkungen. Es zieht sich in den verschiedenen Bereichen durch. Es ist zu erwarten, dass am 16.09. eine neue Eindämmungsverordnung erscheinen wird. Aus jetziger Sicht kann man nicht absehen, dass es wesentliche Lockerungen gibt. Die Mitarbeiter der Verwaltung und auch des Ordnungsamtes stehen nicht nur beratend, sondern auch ordnungsrechtlich zur Seite. Der Außendienst wurde über die Sommermonate relativ weit runtergefahren, es häufen sich jetzt jedoch die Beschwerden oder auch Anzeigen von Bürgern, die beklagen, dass die Verordnung nicht eingehalten wurde. Wir sind dann im Außendienst und sprechen mit den Betroffenen, um für Verständnis zu sorgen. Im Bereich der Reiserückkehrer gibt es momentan sehr viele Abstriche, die vorgenommen werden. Es ist selbstverständlich, dass nach der Ferienzeit viele Reiserückkehrer auch auf Bundesebene sich entweder in Quarantäne begeben oder einen Test machen möchten. Es ist sehr auffällig, dass die positiven Befunde alle asymptomatisch sind. Im Landkreis Stendal haben wir zurzeit nur leichte Verläufe. Es ist weiterhin ein Bürgertelefon geschaltet, das über das Gesundheitsamt abgedeckt wird. Mittlerweile unterstützt auch die Bundeswehr das Gesundheitsamt personell. Es wurden Stellen ausgeschrieben, um den kommenden Aufgaben gerecht zu werden.

Da es keine Fragen gibt, wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

zu TOP 11 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

zu TOP 12 Anfragen und Anregungen

Frau Güldenpfennig fragt, ob das Thema der Beratungsstellenangebote im Land in den Ausschusssitzungen behandelt wird.

Herr Siegmund antwortet:

Es wurde mehrfach im Landespsychiatriebericht erwähnt, die die heutige Thematik mit aufgreift. Es wird auch deutlich, dass es flächendeckend nahezu allen ländlichen Bereichen so ergeht und die wenigen Beratungsstellen leider keinen Einzelfall darstellen. In den Städten sieht das ganze eher anders aus, bis auf Dessau, dort ergibt sich auch dieses Erscheinungsbild. Das Thema wurde umfangreich diskutiert und es gab positive Aspekte auch im ländlichen Raum, dass zusätzliche Beratungsangebote dazugekommen sind, unter anderem „Kein Täter werden“. Dies soll die Prävention der Pädophilie stärken. Das Thema ist auch auf Landesebene bekannt, es wurde stark diskutiert. Es gibt hierzu keine großen Veränderungen, ist aber allzeit bekannt und wird wirklich regelmäßig diskutiert.

Frau Güldenpfennig bittet darum, dass im Ausschuss über neue Sachstände informiert wird.

Herr Röxe weist noch einmal darauf hin, dass Herr Dr. Böhme nicht anwesend ist und bittet darum, dass er bei der nächsten Sitzung anwesend ist. Es herrscht dringender Beratungs- und Handlungsbedarf.

Frau Schmidt möchte anregen, dass die Evaluation des FamBeFöG noch einmal in diesem Ausschuss thematisiert und betrachtet wird.

Da es keine weiteren Anfragen und Anregungen gibt, wird der öffentliche Teil der Sitzung beendet.